

Gesellschaftsvertrag WSK (aktuelle Fassung vom 14.09.2011)	Gesellschaftsvertrag WSK (neue Fassung)	Kommentar, Empfehlung
<p align="center">§ 1 Rechtsform und Firma</p>		
<p>Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Sie führt die Firma "Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mit beschränkter Haftung".</p>		
<p align="center">§ 2 Sitz der Gesellschaft</p>		
<p>Sitz der Gesellschaft ist Köln.</p>		
<p align="center">§ 3 Gegenstand des Unternehmens</p>		
<p>(1) Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und Bewirtschaftung von Dienst- und Werkmietwohnungen für Beschäftigte der Stadtwerke Köln Gesellschaft mit beschränkter Haftung und der mit ihr verbundenen Unternehmen.</p>		
<p>(2) Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des benannten Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich erscheinen. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen, die ihren Zwecken dienlich oder förderlich sind, in jeder gesetzlich zulässigen Form beteiligen und solche Unternehmen erwerben oder errichten.</p>	<p>(2) Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des benannten Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich erscheinen. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen, die ihren Zwecken dienlich oder förderlich sind, in jeder gesetzlich zulässigen Form beteiligen und solche Unternehmen erwerben oder errichten. einschließlich der Beteiligung an bzw. dem Kauf oder der Errichtung von anderen Unternehmen berechtigt, die geeignet erscheinen, den Gegenstand des Unternehmens zu fördern.</p>	<p>➤ <u>Empfehlung</u>: zweckmäßige Änderung konzerneinheitliche Umformulierung des „benannten Gesellschaftszweckes“ in Gegenstand des Unternehmens <u>Begründung</u>:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. § 3 Abs. 2 bezieht sich derzeit auf <u>benannten</u> Gesellschaftszweck, obwohl dieser im Gesellschaftsvertrag nicht definiert ist und § 3 die Überschrift „Gegenstand des Unternehmens“ trägt 2. Begriffe „Gesellschaftszweck“ und „Unternehmensgegenstand“ sind nicht deckungsgleich <ol style="list-style-type: none"> a. <i>Gesellschaftszweck</i> = gemeinsames Ziel für den Zusammenschluss der Gesellschafter, betrifft das Innenverhältnis der Gesellschafter b. <i>Unternehmensgegenstand</i> = Mittel zur Erreichung des Gesellschaftszwecks, umschreibt Bereich/Art der Betätigung der Gesellschaft, betrifft das Außenverhältnis der Gesellschaft 3. Unternehmensgegenstand ist zwingender Bestandteil des Gesellschaftsvertrages (§ 3 Abs. 1 Nr. 2 GmbHG), der Gesellschaftszweck muss dagegen nicht genannt werden.
<p align="center">§ 4 Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr</p>		
<p>(1) Die Dauer der Gesellschaft ist nicht begrenzt.</p>		
<p>(2) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.</p>		
<p align="center">§ 5</p>		

Gesellschaftsvertrag WSK (aktuelle Fassung vom 14.09.2011)	Gesellschaftsvertrag WSK (neue Fassung)	Kommentar, Empfehlung
Stammkapital, Geschäftsanteil		
(1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 9.204.000,00 Euro (in Worten: neun Millionen zweihundertvier tausend Euro).		
(2) Alleinige Gesellschafterin der Gesellschaft mit einem Geschäftsanteil von 9.204.000,00 Euro ist die Stadtwerke Köln Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Köln.		
§ 6 Verfügungen über Geschäftsanteile		
Die Übertragung oder Verpfändung der Geschäftsanteile oder von Teilen der Geschäftsanteile ist nur mit schriftlicher Einwilligung der Gesellschaft zulässig. Die Einwilligung darf nur nach vorheriger Zustimmung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung erteilt werden.	(1) Die Übertragung oder Verpfändung der Geschäftsanteile oder von Teilen der Geschäftsanteile ist nur mit schriftlicher Einwilligung der Gesellschaft zulässig. Die Einwilligung darf nur nach vorheriger Zustimmung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung erteilt werden.	➤ Redaktionelle Ergänzung: Absatznummerierung einfügen
Der Beschluss des Aufsichtsrates bedarf einer Mehrheit von drei Vierteln seiner satzungsmäßigen Mitglieder, der Beschluss der Gesellschafterversammlung einer Mehrheit von drei Vierteln des gesamten Stammkapitals.	(2) Der Beschluss des Aufsichtsrates bedarf einer Mehrheit von drei Vierteln seiner satzungsmäßigen Mitglieder, der Beschluss der Gesellschafterversammlung einer Mehrheit von drei Vierteln des gesamten Stammkapitals.	➤ Redaktionelle Ergänzung: Absatznummerierung einfügen
§ 7 Gesellschaftsorgane		
Die Organe der Gesellschaft sind:		
1. die Geschäftsführer (Geschäftsführung);		
2. der Aufsichtsrat;		
3. der Wohnungsbeirat;	3. der Wohnungsbeirat;	➤ Empfehlung: zweckmäßige Änderung Streichung des Beirats in Nr. 3 bei den Gesellschaftsorganen, da nur AR Organkompetenz hat (Überwachung der GF), während Beirat beratende Funktion ausübt, § 12 Wohnungsbeirat bleibt unverändert
4. die Gesellschafterversammlung.	3. die Gesellschafterversammlung.	➤ Redaktionelle Änderung der Nummerierung
§ 8 Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft		
(1) Die Geschäftsführung besteht aus zwei Personen. Die Geschäftsführer werden durch die Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Die Geschäftsversammlung soll zu Geschäftsführern jeweils den für Grundstücke und Gebäude und den für Finanzen und Steuern zuständigen Geschäftsführer der Stadtwerke Köln Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Köln bestellen.	(1) Die Geschäftsführung besteht aus zwei Personen. Die Geschäftsführer werden durch die Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Die Geschäftsversammlung soll zu Geschäftsführern jeweils den für Grundstücke und Gebäude und den für Finanzen und Steuern zuständigen Geschäftsführer der Stadtwerke Köln Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Köln bestellen. Der Aufsichtsrat kann mit	➤ Redaktionelle Anpassung ➤ Empfehlung zu Satz 3: zweckmäßige Änderung

Gesellschaftsvertrag WSK (aktuelle Fassung vom 14.09.2011)	Gesellschaftsvertrag WSK (neue Fassung)	Kommentar, Empfehlung
	Zustimmung des Gesellschafters einem oder mehreren Geschäftsführern Einzelvertretungsmacht erteilen sowie einen oder mehrere Geschäftsführer allgemein oder im Einzelfall von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien.	Einfügen einer Öffnungsklausel zur Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB („Insich-Geschäfte“)
(2) Der Aufsichtsrat soll ein Mitglied der Geschäftsführung zum Sprecher ernennen. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Sprechers der Geschäftsführung den Ausschlag.	(2) Der Aufsichtsrat soll ein Mitglied der Geschäftsführung zum Vorsitzenden Sprecher ernennen. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Sprechers der Geschäftsführung den Ausschlag.	<ul style="list-style-type: none"> ➤ <u>Empfehlung</u> zu Satz 1: zweckmäßige Änderung Konzerneinheitliche Änderung von Sprecher zum Vorsitzenden der GF ➤ <u>Empfehlung</u> zu Satz 2: zwingende Änderung Streichung von Satz 2, da bei nur 2 GF-Mitgliedern die bisherige Regelung unzulässig ist, denn wenn Vorsitzender doppeltes Stimmrecht hat, ist Stimme des anderen Geschäftsführers „wertlos“ (vgl. Spindler in MüKo AktG, 4.Aufl. 2014, § 77 Rn. 13 und Gerber in Beck'sches Formularbuch GmbH-Recht, Lorz/Pfisterer/Gerber, 1. Auflage 2010, VI. Geschäftsordnung für die Geschäftsführung).
(3) Die Geschäftsführung stellt mit Zustimmung des Aufsichtsrates eine Geschäftsordnung für sich auf.		
(4) Die Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einem Prokuristen vertreten.	(4) Die Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einem einen Prokuristen vertreten.	➤ Redaktionelle Änderung, statt „einem“ muss es „einen“ heißen
(5) Die Gesellschaft ist so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.		
(6) Die Geschäftsführung hat geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein Überwachungssystem einzurichten, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkannt werden.		
§ 9 Zusammensetzung und Amtsdauer des Aufsichtsrates		
(1) Der Aufsichtsrat besteht aus 12 Mitgliedern, die vom Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH entsandt werden. Darunter müssen sich der Oberbürgermeister oder ein von ihm vorgeschlagener Beamter oder Angestellter der Stadt Köln sowie die Betriebsratsvorsitzenden der RheinEnergie AG und der Kölner Verkehrs-Betriebe AG befinden.	(1) Der Aufsichtsrat besteht aus 12 Mitgliedern, die vom Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH entsandt werden. Darunter müssen sich der Oberbürgermeister oder ein von ihm vorgeschlagener Beamter oder Angestellter der Stadt Köln sowie die Betriebsratsvorsitzenden der RheinEnergie AG und der Kölner Verkehrs-Betriebe AG befinden.	➤ <u>Empfehlung</u> : zweckmäßige Änderung des Entsendungsberechtigten, da Entsendungsrecht im SWK-Konzern regelmäßig dem Gesellschafter zusteht
(2) Die Bestellung zum Aufsichtsratsmitglied endet durch Abberufung durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH.	(2) Die Bestellung zum Aufsichtsratsmitglied endet mit der durch Abberufung durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH. Gesellschafter Aufsichtsrat	➤ <u>Empfehlung</u> : zweckmäßige Änderung des Entsendungsberechtigten, da Entsendungsrecht im SWK-Konzern regelmäßig dem Gesellschafter zusteht

Gesellschaftsvertrag WSK (aktuelle Fassung vom 14.09.2011)	Gesellschaftsvertrag WSK (neue Fassung)	Kommentar, Empfehlung
(3) Jedes Mitglied des Aufsichtsrates kann sein Amt unter Einhaltung einer vierwöchigen Kündigungsfrist niederlegen.	(3) Jedes Mitglied des Aufsichtsrates kann sein Amt durch schriftliche Erklärung an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates und an die Geschäftsführung unter Einhaltung einer vierwöchigen Kündigungsfrist Frist von vier Wochen niederlegen. Die Gesellschaft kann auf die Frist verzichten.	<ul style="list-style-type: none"> ➤ <u>Empfehlung</u>: zweckmäßige Änderung deklaratorische Klarstellung und Anpassung an bisherige Praxis, anderenfalls müsste Niederlegung gegenüber der Gesellschaft, vertreten durch GF WSK erfolgen ➤ <u>Empfehlung</u>: zweckmäßige Änderung Gesellschaft soll die Möglichkeit eingeräumt werden, auf die Frist zu verzichten (Verfahrensvereinfachung).
(4) Ein Mitglied des Aufsichtsrates scheidet ferner mit der Beendigung der Tätigkeit aus, die für seine Entsendung in den Aufsichtsrat bestimmend war.		
(5) Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Aufsichtsratsvorsitzenden und einen Stellvertreter. Scheiden der Vorsitzende oder der Stellvertreter während ihrer Amtszeit aus, so hat der Aufsichtsrat unverzüglich eine Ersatzwahl vorzunehmen.		
(6) Der Vorsitzende und zwei stellvertretende Vorsitzende werden vom Aufsichtsrat gewählt. Scheiden der Vorsitzende oder die stellvertretenden Vorsitzenden während ihrer Amtszeit aus, so hat der Aufsichtsrat unverzüglich eine Ersatzwahl vorzunehmen.		
(7) Auf den Aufsichtsrat finden die Vorschriften des Aktiengesetzes über den Aufsichtsrat keine Anwendung, soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt.	(7) Auf den Aufsichtsrat finden die Vorschriften des Aktiengesetzes über den Aufsichtsrat keine Anwendung, soweit dieser Satzung Gesellschaftsvertrag nichts anderes bestimmt.	<ul style="list-style-type: none"> ➤ <u>Empfehlung</u>: zweckmäßige Änderung Klarstellung des Begriffs Gesellschaftsvertrag (GmbH) statt Satzung (AG)
§ 10 Einberufung und Beschlussfassung des Aufsichtsrates		
(1) Der Aufsichtsrat wird vom Vorsitzenden oder im Verhinderungsfalle von seinem Stellvertreter einberufen. Die Geschäftsführer nehmen an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil.		
(2) Die Einberufung hat schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung und mit Einhaltung einer Frist von zwei Wochen zu erfolgen. In dringenden Fällen können eine andere Form der Einberufung und eine kürzere Frist gewählt werden. Der Aufsichtsratsvorsitzende oder im Verhinderungsfalle sein Stellvertreter bestimmt den Sitzungsort.	(2) Die Einberufung hat schriftlich, per Fax oder mittels elektronischer Medien unter Mitteilung der Tagesordnung und mit Einhaltung einer Frist von zwei Wochen zu erfolgen. In dringenden Fällen kann können eine andere Form der Einberufung und eine kürzere Frist gewählt werden. Der Aufsichtsratsvorsitzende oder im Verhinderungsfalle sein Stellvertreter bestimmt den Sitzungsort.	<ul style="list-style-type: none"> ➤ <u>Empfehlung</u>: zweckmäßige Änderung Vereinfachung des Verfahrens zur Einberufung
(3) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder zur Sitzung ordnungsgemäß geladen sind	(3) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder zur Sitzung ordnungsgemäß geladen sind	

Gesellschaftsvertrag WSK (aktuelle Fassung vom 14.09.2011)	Gesellschaftsvertrag WSK (neue Fassung)	Kommentar, Empfehlung
und mindestens die Hälfte und der Vorsitzende oder sein Stellvertreter anwesend sind. Ist der Aufsichtsrat in einer ordnungsgemäß einberufenen Sitzung nicht beschlussfähig, so kann binnen drei Wochen eine neue Sitzung mit gleicher Tagesordnung einberufen werden.	und mindestens die Hälfte und der Vorsitzende oder sein Stellvertreter anwesend sind. Ist der Aufsichtsrat in einer ordnungsgemäß einberufenen Sitzung nicht beschlussfähig, so kann binnen drei Wochen eine neue Sitzung mit gleicher Tagesordnung einberufen werden. Abwesende Aufsichtsratsmitglieder können dadurch an der Beschlussfassung des Aufsichtsrats teilnehmen, dass sie schriftliche Stimmabgaben an den Aufsichtsratsvorsitzenden oder im Verhinderungsfall seinen Stellvertreter überreichen. Der schriftlichen Stimmabgabe steht eine durch Fax oder mittels elektronischer Medien übermittelte Stimmabgabe gleich.	➤ <u>Empfehlung</u> : zweckmäßige Änderung Nach Satz 2 werden die Sätze 3 und 4 neu eingefügt mit dem Ziel einer Verfahrensvereinfachung für abwesende AR-Mitglieder und Anpassung an bisherige Praxis
(4) Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit, soweit sich nicht aus dem Gesetz oder dieser Satzung etwas anderes ergibt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.	(4) Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit, soweit sich nicht aus dem Gesetz oder dieser Satzung diesem Gesellschaftsvertrag etwas anderes ergibt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.	➤ <u>Empfehlung</u> : zweckmäßige Änderung redaktionelle Klarstellung des Begriffs Gesellschaftsvertrag (GmbH) statt Satzung (AG)
(5) Sofern kein Aufsichtsratsmitglied unverzüglich widerspricht, können nach dem Ermessen des Vorsitzenden oder im Falle seiner Verhinderung seines Stellvertreters Beschlüsse in eiligen oder einfachen Angelegenheiten auch durch Einholen schriftlicher oder telegrafischer Erklärungen gefasst werden. In diesem Falle ist eine vom Vorsitzenden oder im Falle seiner Verhinderung von seinem Stellvertreter zu bestimmende Frist für den Eingang der Stimmen festzulegen.	(5) Sofern kein Aufsichtsratsmitglied unverzüglich widerspricht, können nach dem Ermessen des Vorsitzenden oder im Falle seiner Verhinderung seines Stellvertreters Beschlüsse in eiligen oder einfachen Angelegenheiten auch durch Einholen schriftlicher, per Fax oder elektronisch übermittelter telegrafischer Erklärungen gefasst werden. In diesem Falle ist eine von dem Vorsitzenden oder im Falle seiner Verhinderung von seinem Stellvertreter zu bestimmende Frist für den Eingang der Stimmen festzulegen.	➤ <u>Empfehlung</u> : zweckmäßige Änderung Vereinfachung der AR-Beschlussfassungen
(6) Über die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsrates ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden der Sitzung zu unterzeichnen ist.		
(7) Erklärungen des Aufsichtsrates werden vom Vorsitzenden und seinem Stellvertreter unter der Bezeichnung "Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mit beschränkter Haftung" abgegeben.		
(8) Der Aufsichtsrat gibt sich eine Geschäftsordnung geben.		
§ 11 Aufgaben des Aufsichtsrates		
(1) Der Aufsichtsrat überwacht die Tätigkeit der Ge-		

Gesellschaftsvertrag WSK (aktuelle Fassung vom 14.09.2011)	Gesellschaftsvertrag WSK (neue Fassung)	Kommentar, Empfehlung
<p>schäftsführung in entsprechender Anwendung des § 111 des Aktiengesetzes. Der Aufsichtsrat ist insbesondere zuständig für den Abschluss, die Änderung und Beendigung der Anstellungsverträge mit den Geschäftsführern.</p>		
(2) Der Aufsichtsrat erteilt dem Abschlussprüfer den Prüfauftrag für den Jahresabschluss.		
(3) Die Geschäftsführer bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrates in folgenden Angelegenheiten:		
a) Grundsätze für die Vergabe von Wohnungen und für die Durchführung der Wohnungsbewirtschaftung;		
b) Aufstellung des Wirtschaftsplanes;		
c) Übernahme neuer Aufgaben;		
d) Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und sonstigen dinglichen Rechten an Grundstücken, soweit im Einzelfall ein in der Geschäftsordnung der Geschäftsführung festzulegender Betrag überschritten wird.	d) Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und sonstigen dinglichen Rechten an Grundstücken, soweit im Einzelfall ein in der Geschäftsordnung der Geschäftsführung festzulegender Betrag überschritten wird.;	➤ Redaktionelle Änderung „Semikolon“ statt „Punkt“
e) Aufnahme und Gewährung von Darlehen - mit Ausnahme von Kassenkrediten, Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährverträgen, Bestellung sonstiger Sicherheiten für andere sowie solche Rechtsgeschäfte, die den vorgenannten wirtschaftlich gleichkommen, soweit im Einzelfall ein in der Geschäftsordnung der Geschäftsführung festzulegender Betrag überschritten wird;		
f) Bestellung und Abberufung von Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten sowie Festlegung ihrer Anstellungsbedingungen;	f) Bestellung und Abberufung von Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten sowie Festlegung ihrer Anstellungsbedingungen ;	➤ <u>Empfehlung</u> : zweckmäßige Änderung Streichung zum Zweck der Konzerneinheitlichkeit und in Anpassung an bisherige Praxis (Zuständigkeit Personalabteilung SWK) und § 46 Nr. 7 GmbHG
g) Übertragung und Verpfändung von Geschäftsanteilen der Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mit beschränkter Haftung;		
h) Stimmabgabe in Gesellschafter- oder Hauptversammlungen; soweit es sich um Satzungsänderungen, um die Auflösung oder um Verfügungen über Geschäftsanteile oder Aktien der betreffenden Gesellschaft handelt.	h) Stimmabgabe in Gesellschafter- oder Hauptversammlungen; soweit es sich um Satzungsänderungen, um die Auflösung oder um Verfügungen über Geschäftsanteile oder Aktien der betreffenden Gesellschaft handelt.;	➤ Redaktionelle Änderung „Semikolon“ statt „Punkt“
	i) Abschluss von prozessualen und außerprozessualen Vergleichen deren Volumen von	➤ <u>Empfehlung</u> : zweckmäßige Änderung Aufnahme eines abstrakt-generellen Zustimmungsvor-

Gesellschaftsvertrag WSK (aktuelle Fassung vom 14.09.2011)	Gesellschaftsvertrag WSK (neue Fassung)	Kommentar, Empfehlung
	grundsätzlicher Bedeutung für das Unternehmen ist. Hierzu gehören Vergleichsabschlüsse, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage des Unternehmens grundlegend verändern.	behaltes bei Abschluss von Vergleichen; der sich am Wortlaut von Ziffer 2.1.5 des PCGK der Stadt Köln orientiert. Bei Einführung eines entspr. Zustimmungsvorbehalts soll der Bereich „Risikomanagement“ des jeweiligen Unternehmens unternehmensindividuell konkrete Wertgrenzen vorschlagen, die sich nachvollziehbar in das Gesamtrisikomanagement des Unternehmens einfügen (ggf. in GO AR / GO GF regeln).
(4) Die Beschlüsse des Aufsichtsrates zu Abs. 3, Buchstaben f) und g) bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der Stimmen der Mitglieder des Aufsichtsrates.		
(5) Die Geschäftsführung darf zustimmungsbedürftige Geschäfte, die keinen Aufschub dulden, selbstständig vornehmen. Sie bedarf hierzu der Zustimmung des Vorsitzenden des Aufsichtsrates oder im Verhinderungsfall seines Stellvertreters und eines weiteren Mitgliedes. Der Aufsichtsrat ist jedoch in diesen Fällen in seiner nächsten Sitzung zu unterrichten.		
	(6) Der Aufsichtsrat bereitet die Gesellschafterversammlungen der Gesellschaft vor und kann Empfehlungen für die dort zu fassenden Beschlüsse abgeben.	➤ <u>Empfehlung</u> : zweckmäßige Änderung Aufnahme ergänzender Regelung im Gesellschaftsvertrag zur Anpassung an bisherige Praxis
§ 12 Wohnungsbeirat		
(1) Zur Beratung der Geschäftsführung in wichtigen Angelegenheiten der Wohnungsbewirtschaftung wird ein Wohnungsbeirat nach näherer Bestimmung der Geschäftsordnung der Geschäftsführung gebildet.		
(2) Der Wohnungsbeirat besteht aus folgenden Mitgliedern:		
a) der Geschäftsführung,		
b) den Leitern der Personalabteilungen der Stadtwerke Köln Gesellschaft mit beschränkter Haftung, der RheinEnergie Aktiengesellschaft, der Kölner Verkehrs-Betriebe Aktiengesellschaft, der Häfen und Güterverkehr Köln Aktiengesellschaft, der KölnBäder Gesellschaft mit beschränkter Haftung und der AWB Abfallwirt-	b) den Leitern der Personalabteilungen der Stadtwerke Köln Gesellschaft mit beschränkter Haftung, der RheinEnergie Aktiengesellschaft, der Kölner Verkehrs-Betriebe Aktiengesellschaft, der Häfen und Güterverkehr Köln Aktiengesellschaft, der KölnBäder Gesellschaft mit beschränkter Haftung und der AWB Abfallwirt-	

Gesellschaftsvertrag WSK (aktuelle Fassung vom 14.09.2011)	Gesellschaftsvertrag WSK (neue Fassung)	Kommentar, Empfehlung
schaftsbetriebe Köln GmbH & Co. KG,	schaftsbetriebe Köln Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. KG ,	➤ redaktionelle Anpassung aktuelle Rechtsform AWB
c) den Betriebsratsvorsitzenden und stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden der Stadtwerke Köln Gesellschaft mit beschränkter Haftung, der RheinEnergie Aktiengesellschaft, der Kölner Verkehrs-Betriebe Aktiengesellschaft, der Häfen und Güterverkehr Köln Aktiengesellschaft, der KölnBäder Gesellschaft mit beschränkter Haftung und der AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co. KG.	c) den Betriebsratsvorsitzenden und stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden der Stadtwerke Köln Gesellschaft mit beschränkter Haftung, der RheinEnergie Aktiengesellschaft, der Kölner Verkehrs-Betriebe Aktiengesellschaft, der Häfen und Güterverkehr Köln Aktiengesellschaft, der KölnBäder Gesellschaft mit beschränkter Haftung und der AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln Gesellschaft mit beschränkter Haftung GmbH & Co. KG sowie	➤ redaktionelle Anpassung aktuelle Rechtsform AWB
	d) ggf. weiteren Vertretern von Gesellschaften des SWK Konzerns mit Belegungsrechten.	➤ Empfehlung: zweckmäßige Änderung, Öffnungsklausel, zur Steigerung der Attraktivität von Belegungsrechten
(3) Vorsitzender und stellvertretende Vorsitzende des Wohnungsbeirates sind der Sprecher der Geschäftsführung und der weitere Geschäftsführer der Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mit beschränkter Haftung sowie der Leiter der Personalabteilung der Stadtwerke Köln Gesellschaft mit beschränkter Haftung.	(3) Vorsitzender und stellvertretende Vorsitzende des Wohnungsbeirates sind der Vorsitzende Sprecher der Geschäftsführung und der weitere Geschäftsführer der Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mit beschränkter Haftung sowie der Leiter der Personalabteilung der Stadtwerke Köln Gesellschaft mit beschränkter Haftung.	➤ Empfehlung: zweckmäßige Änderung Konzerneinheitliche Änderung von Sprecher zum Vorsitzenden der GF, Folgeänderung aus § 8 Abs. 2
(4) Der Wohnungsbeirat wird von seinem Vorsitzenden oder im Verhinderungsfalle von dessen Stellvertreter bei Bedarf einberufen.		
(5) Die Mitglieder des Beirates sind durch den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit über die ihnen in ihrer Eigenschaft als Wohnungsbeiratsmitglieder bekannt gewordenen Angelegenheiten zu verpflichten, die durch Beschluss des Wohnungsbeirates mit einfacher Mehrheit als vertraulich erklärt worden sind.		
§ 13 Einberufung der Gesellschafterversammlung und Vorsitz		
(1) Die Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführer einberufen, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt.		
(2) Die ordentliche Gesellschafterversammlung findet spätestens innerhalb von sieben Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres statt.	(2) Die ordentliche Gesellschafterversammlung findet spätestens innerhalb von sieben acht Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres statt.	➤ <u>Empfehlung</u> : zweckmäßige Änderung Anpassung an gesetzliche Regelung in § 42a Abs. 2 GmbHG zum Ausschöpfen gesetzlich zulässiger Frist
(3) Die Gesellschafterversammlung wird unter Mitteilung der Tagesordnung mittels eingeschriebenen	(3) Die Gesellschafterversammlung wird unter Mitteilung der Tagesordnung mittels eingeschriebenen	

Gesellschaftsvertrag WSK (aktuelle Fassung vom 14.09.2011)	Gesellschaftsvertrag WSK (neue Fassung)	Kommentar, Empfehlung
Briefes mit mindestens 14tägiger Frist einberufen.	Briefes mit mindestens 14tägiger Frist einberufen. Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn unter Verzicht auf alle Förmlichkeiten der Einberufung eine Gesellschafterversammlung abgehalten wird.	➤ <u>Empfehlung</u> : zweckmäßige Änderung durch neuen Satz 2 zur Verfahrensvereinfachung
(4) Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrates oder im Verhinderungsfalle sein Stellvertreter.		
(5) Die Gesellschafterversammlung findet in Köln statt, falls der Aufsichtsrat nicht einen anderen Ort bestimmt.		
(6) Über die Verhandlungen und Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates oder im Verhinderungsfalle von seinem Stellvertreter zu unterzeichnen ist.		
§ 14 Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung		
(1) Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen, unbeschadet der gesetzlichen Vorschriften, insbesondere:		
a) die Aufstellung des Wirtschaftsplanes	a) die Aufstellung des Wirtschaftsplanes;	➤ Redaktionelle Ergänzung „Semikolon“
b) die Feststellung des Jahresabschlusses;		
c) die Verwendung des Jahresüberschusses oder die Abdeckung des Jahresfehlbetrages;		
d) die Bestellung des Abschlussprüfers;		
e) die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführer;		
f) der Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes.;		
g) der Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen.	g) der Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen.;	➤ Redaktionelle Änderung „Semikolon“ statt „Punkt“
	h) Festlegung der Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder.	➤ <u>Empfehlung</u> : zweckmäßige Änderung Aufnahme einer klarstellenden Regelung zur Vergütung in Anlehnung an Ziffer 2.7.2 PCGK Köln
(2) Beschlüsse der Gesellschafterversammlung bedürfen, soweit im Gesetz nichts anderes bestimmt ist, der einfachen Stimmenmehrheit des in der Versammlung vertretenen Stammkapitals. Beschlüsse über Änderungen des Gesellschaftsvertrages und zur Auflösung der Gesellschaft sowie zu Absatz 1,		

Gesellschaftsvertrag WSK (aktuelle Fassung vom 14.09.2011)	Gesellschaftsvertrag WSK (neue Fassung)	Kommentar, Empfehlung
Buchstaben f) und g) bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln des gesamten Stammkapitals.		
§ 15 Wirtschaftsplan		
(1) Die Geschäftsführung hat vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres		
a) einen Wirtschaftsplan, bestehend aus dem Erfolgs- und Finanzplan, aufzustellen,		
b) der Wirtschaftsführung einen 5jährigen Finanzplan zu Grunde zu legen und den Anteilseignern zur Kenntnis zu bringen.		
(2) Die Grundsätze für die Aufstellung des Wirtschaftsplanes werden in der Geschäftsordnung der Geschäftsführung geregelt (§ 8, Absatz 3 dieser Satzung)	(2) Die Grundsätze für die Aufstellung des Wirtschaftsplanes werden in der Geschäftsordnung der Geschäftsführung geregelt (§ 8, Absatz 3 dieser Satzung dieses Gesellschaftsvertrages).	➤ <u>Empfehlung</u> : zweckmäßige Änderung redaktionelle Streichung Komma und Klarstellung des Begriffs Gesellschaftsvertrag (GmbH) statt Satzung (AG), einfügen „Punkt“ am Satzende.
(3) Der Wirtschaftsplan ist so rechtzeitig aufzustellen, dass die Gesellschafterversammlung vor Beginn des Geschäftsjahres über seine Genehmigung beschließen kann.		
(4) Bei der Wirtschaftsführung sind die in § 109 der Gemeindeverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen – in der jeweils gültigen Fassung – festgelegten Grundsätze zu beachten.		
§ 16 Jahresabschluss, Lagebericht		
(1) Die Geschäftsführung hat in den ersten drei Monaten eines jeden Geschäftsjahres für das vorangegangene Geschäftsjahr den Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang sowie den Lagebericht aufzustellen und dem Aufsichtsrat unverzüglich vorzulegen. Aufstellung und Prüfung erfolgen nach den für die Rechnungslegung für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften. Im Lagebericht oder im Zusammenhang damit ist auch zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung zu nehmen sowie auf die Risiken der zukünftigen Entwicklung einzugehen. Vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften weist die Gesellschaft im Anhang zum Jahresabschluss die Angaben zu gewährten Gesamtbezügen, Bezügen und sonstigen Leistun-		

Gesellschaftsvertrag WSK (aktuelle Fassung vom 14.09.2011)	Gesellschaftsvertrag WSK (neue Fassung)	Kommentar, Empfehlung
gen gemäß § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen – in der jeweils gültigen Fassung – sowohl personen- gruppenbezogen als auch individualisiert aus. Bei dem Prüfverfahren sind alle gesetzlichen Vorschriften zu beachten, insbesondere § 53 Haushalts- grundsätzegegesetz.		
(2) Der Prüfungsbericht ist dem Aufsichtsrat innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres vorzulegen. Der Geschäftsführung ist vor Zuleitung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Köln stehen die Befugnisse aus § 54 Haushaltsgrundsätzegegesetz zu.		
(3) Der Aufsichtsrat leitet die vorstehenden Unterlagen nach Prüfung unverzüglich an die Gesellschafter- versammlung zur Feststellung des Jahresab- schlusses weiter.		
(4) Die Stadt Köln hat das Recht, Aufklärung und Nachweise verlangen zu können, die für die Aufstel- lung des kommunalen Gesamtabschlusses erforder- lich sind.		
§ 17 Gleichstellung von Frauen und Männern		
Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat wirken darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstel- lungsgesetz-LGG) beachtet werden.		
§ 18 Bekanntmachungen	§ 18 Bekanntmachungen	
(1) Die gesetzlich notwendigen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im elektronischen Bun- desanzeiger.	(1) Die gesetzlich notwendigen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im elektronischen Bundesan- zeiger.	➤ <u>Empfehlung</u> : zweckmäßige Änderung Streichung des Wortes „elektronischen“, da Bekanntma- chungen der Gesellschaft nur noch in elektronischer Form erfolgen.
(2) Die Feststellung des Jahresabschlusses, die Ver- wendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lagebe- richts werden zudem ortsüblich bekannt gemacht. In der Bekanntmachung wird darauf hingewiesen, dass der Jahresabschluss und Lagebericht bei der Gesellschaft bis zur Feststellung des folgenden		

Gesellschaftsvertrag WSK (aktuelle Fassung vom 14.09.2011)	Gesellschaftsvertrag WSK (neue Fassung)	Kommentar, Empfehlung
Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden.		